

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar / Urs Frieden, GB): Fussballfest statt Militärfestspiele: Keine bewaffneten Armeeingehörigen an der EURO 08 in Bern!

In den letzten Tagen ist eine grosse Verwirrung um einen möglichen Einsatz von Armeeingehörigen an der EURO 08 entstanden, vor allem bezüglich (Nicht-)Kommunikation durch die zuständigen Verantwortlichen in der Direktion SUE. Insbesondere herrscht Unklarheit darüber, für welche Aufgaben die Stadt Bern via Kanton beim Bund subsidiäre Armeeeinsätze für die EURO 08 beantragen will.

Das Grüne Bündnis lehnt grundsätzlich den Einsatz von jeglichen militärischen Ressourcen (sowohl von Armeematerial als auch von Angehörigen und Dienstleistungen der Armee) im Bereich der zivilen Sicherheit aus staatspolitischen Überlegungen ab. Konsequenterweise hat das Grüne Bündnis bereits mehrmals in diesem Sinne interveniert, letztmals mittels Motion (Motion Fraktion GB/JA! vom 6. April 2006), mit welcher ein Reglement verlangt wird, das den Einsatz von militärischen Ressourcen nur im Rahmen der in Art. 58 Abs. 2 der Bundesverfassung genannten Kriterien („schwerwiegende Bedrohung der inneren Sicherheit oder bei der Bewältigung von ausserordentlichen Lagen“) auf dem Boden der Stadt Bern erlaubt.

Wie die Sonntagszeitung (SoZ) vom 27. August 2006 berichtet, hat der Gemeinderat ein Gesuch verabschiedet, das neben Dienstleistungen im logistischen Bereich auch Personenschutz und Objektschutz beantragt. Damit würde die Stadt Bern einen Tabubruch begehen und riskieren, dass Fussball-Fans in Kontakt mit bewaffneten Armeeingehörigen kämen. Nachdem der Gemeinderat während mehreren Tagen keine Stellungnahme zum Bericht der SoZ nehmen wollte, bestritt am Dienstag 29. August gemäss Berner Zeitung die Berner Polizeidirektorin, dass die Stadt Bern die „Armee im Bereich des Personenschutzes einzusetzen“ gedenke. Die Zeitung „Der Bund“ kommt in ihren Recherchen zum Schluss, dass in dem Gesuch wohl noch „ein Bock drin ist“ und gegenüber der Berner Zeitung vom 30. August wird die Direktorin der SUE dahingehend zitiert, als dass ihr Gesuch lediglich falsch interpretiert worden sei. Der Gemeinderat habe zu keinem Zeitpunkt erwogen, die Armee im Bereich des Personenschutzes einzusetzen, sondern lediglich für Logistik, Sicherheitswesen und Objektschutz. Was gilt nun?

Das Grüne Bündnis ist der Ansicht, dass die Öffentlichkeit zu so einem sensiblen Thema Anspruch auf klare und umfassende Information hat. Wir fragen daher den Gemeinderat:

1. Ist ein entsprechendes Gesuch an das VBS via Kanton nun definitiv eingereicht worden und wenn Ja: Was genau beantragt der Gemeinderat im Detail bezüglich Armeeleistungen für die EURO 08?
2. Wie lautete der wörtliche Inhalt des Gesuches, welches offenbar div. Medien vorlag und zu den oben aufgeführten Berichten führte? Dazu als Präzisierung: Was versteht der Gemeinderat unter „Sicherheitswesen“ und wo sind die Unterschiede zwischen dem Gesuch, das den Medien vorliegt und zum tatsächlich eingereichten Gesuch an das VBS?
3. Kann der Gemeinderat hundertprozentig garantieren, dass an der EURO 08 weder bewaffnete Armeeingehörige noch Armeeingehörige mit polizeilichen Befugnissen zum Einsatz kommen?

4. Auf welchen Grundlagen (Abklärungen, Analysen) kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die zivilen Sicherheitskräfte die Sicherheit an der EURO 08 nur mit militärischer Hilfe sichern können?
5. Welche zivilen Alternativen zur Armee im Bereich der Sicherheit (weitere kantonale Polizeien für den Bereich Objektschutz) sind vorgängig abgeklärt worden und mit welchem Resultat?
6. Welche zivilen Alternativen zur Armee im logistischen Bereich – Zivilschutz, Zivildienst, freiwillige Feuerwehr, Sanitäts- und Samariterdienste etc. – sind geprüft worden und mit welchem Resultat?
7. War und ist das Vorgehen der Stadt Bern mit den Verantwortlichen der Kantonspolizei Bern, der Stadtpolizei Bern, den Host-Cities sowie dem nationalen Sicherheitskoordinator der EURO 08 (Martin Jäggi) abgesprochen und wenn Ja mit welchem Ergebnis? Wenn Nein, weshalb nicht?

Bern, 14. September 2006

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Urs Frieden, GB), Natalie Imboden, Karin Gasser, Myriam Duc, Anne Wegmüller, Stefanie Arnold, Franziska Schnyder, Daniele Jenni, Catherine Weber, Simon Röthlisberger

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat will ein Fussballfest, das in guter Erinnerung bleiben wird. Dazu gehört nebst vielen anderen Massnahmen auch ein geeignetes Sicherheitskonzept. Klar ist dabei, dass die Sicherheitsmassnahmen verhältnismässig vorzusehen sind und die Sicherheit primär Aufgabe der zivilen Einheiten ist. Bezüglich des subsidiären Armeeeinsatzes ist sich der Gemeinderat seiner Verantwortung vollkommen bewusst, möchte jedoch die Unterstützung durch die Armee in noch zu definierenden Bereichen nicht bereits im Vorfeld ausschlagen. Zu den einzelnen Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat bat mit Schreiben vom 30. August 2006 den Regierungsrat, das Gesuch an den Bundesrat weiterzuleiten. Diesem Anliegen entsprach der Regierungsrat und hat das Gesuch am 13. September 2006 an den Bundesrat weitergeleitet. Zum Inhalt des Ersuchens vgl. Antwort zu Frage 2.

Zu Frage 2:

Das Schreiben an den Schweizerischen Bundesrat „Gesuch um Unterstützung der Austragungskantone durch einen Assistenzdiensteinsatz der Armee zugunsten der zivilen Einsatzkräfte im Rahmen der UEFA EURO 2008“ ist ein global formuliertes Ersuchen um Unterstützung, da zurzeit der Bedarf an Armeeleistungen noch nicht genau spezifiziert werden kann. Der Gemeinderat hat folgende subsidiäre Armeeeinsatzformen beantragt:

- Schutzaufgaben (temporärer Objektschutz zusätzlich zur ordentlichen Überwachung der Botschaften);
- Unterstützungsaufgaben in den Bereichen Logistik (z.B. Material, Fahrzeuge, Geräte), Führungsunterstützung, koordinierter Sanitätsdienst, Verkehrsleitmassnahmen;
- B- und C-Abwehr (Abwehrmassnahmen im Zusammenhang mit biologischen und chemischen Kampfstoffen);
- Unterstützung bei Geniearbeiten (Auf- und Abbauarbeiten);

- Überwachung des schweizerischen und, in Zusammenarbeit mit den Luftstreitkräften der Anrainerstaaten, des an die Schweiz grenzenden Luftraums;
- Überwachungsflüge, Luftaufklärung und Luftpolizeidienste bei eingeschränktem Luftverkehr;
- Lufttransporte;
- Bereitschaft zur Katastrophenhilfe.

Die im Mustergesuch erwähnte Rubrik – Eskorte und Personenschutzaufgaben – wurde im an den Regierungsrat weitergeleiteten Gesuch nicht aufgeführt. Der subsidiäre Sicherungseinsatz der Armee zugunsten des Kantons Bern soll längstens vom 2. bis 28. Juni 2008 dauern.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat hat den Willen, die durch das Teilprojekt „Sicherheit UEFA EURO 2008“ von Bund, Kantonen und Städten definierten Safety and Security Grundlagen zu respektieren. Für den Einsatz der Armee gilt ausnahmslos das Prinzip der Subsidiarität. Das heisst, militärische Verbände können auf Verlangen der zivilen Behörden zum Einsatz gelangen, wenn in einer ausserordentlichen Lage die bereits im Einsatz stehenden Mittel aller Stufen weder personell, materiell noch zeitlich eine Situation, welche die Sicherheitslage akut gefährdet, zu meistern vermögen. Dabei liegt die Einsatzverantwortung auf der Seite der zivilen Behörden, die Führungsverantwortung auf der militärischen Seite. Es gelten die Bestimmungen gemäss Verordnung über die Polizeibefugnisse der Armee.

Die Armee leistet keinen Ordnungsdienst. Im direkten Umfeld der Stadien, an zentralen Orten in den Innenstädten sowie an Bahnhöfen und Flughäfen soll ein direkter Kontakt zwischen uniformierten Angehörigen der Armee sowie Besucherinnen und Besuchern der UEFA EURO 2008 vermieden werden.

Zu Frage 4:

Das Teilprojekt „Sicherheit UEFA EURO 2008“ hat in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsverantwortlichen der Host Cities den Kräfteansatz insbesondere im Sicherheits-, Ordnungsdienst- und Kriminalpolizeibereich vorgenommen. Da die Auslosung der Spiele und somit die Klärung der Anzahl High- / Middle- oder Low-Risk-Spiele erst Ende 2007 stattfinden wird, mussten mit Erfahrungswerten UEFA EURO 2004 Portugal und FIFA WM 2006 Deutschland gearbeitet werden.

Zu Frage 5:

Basierend auf den Zahlen aus der Kräfteansatzfestlegung und den personellen Möglichkeiten der Polizeikorps wird zurzeit ein IKAPOL-Einsatz geplant. Eine zusätzliche Unterstützung durch ausländische Polizeikräfte kann aufgrund einer negativen Entwicklung der Sicherheitslage oder aber wegen Personalknappheit seitens der Polizei nötig werden.

Die Stadioneigentümerinnen und -eigentümer und/oder die ein Stadion betreibenden Gesellschaften sind für die Sicherheit in den Stadien und innerhalb der Sicherheitsringe primär verantwortlich und treffen die Sicherheitsmassnahmen. Polizeiliche Sicherheitskräfte kommen erst bei einer Eskalation der Lage zum Einsatz (Second- und Last-Level-Operations).

Rund um Public-Viewing-Veranstaltungen sind Störungen der öffentlichen Sicherheit durch gewalttätige Auseinandersetzungen möglich. Bei der Bewilligung von Veranstaltungen durch Private müssen diese zwingend ein Sicherheitskonzept erstellen. Dabei muss die Sicherheit der Besuchenden in erster Priorität durch eine private Sicherheitsorganisation gewährleistet werden.

Zu Frage 6:

Der Einsatz von Zivilschutz, freiwilligen Feuerwehren, Sanitäts- und Samariterdiensten ist in der Gesamtplanung vorgesehen. Diese vorgenannten Organisationen werden jedoch mehrheitlich die erhöhten Bedürfnisse der anderen Blaulichtorganisationen abdecken müssen.

Zu Frage 7:

Beim vom Gemeinderat an den Kanton Bern zur Weiterleitung an den Bundesrat gerichteten Gesuch handelt es sich um ein „Mustergesuch Unterstützung zugunsten EURO 2008“, welches anlässlich einer Koordinationssitzung dem Projektleiter Host Cities abgegeben und durch den Stabschef Stab Sicherheit UEFA EURO 2008 an die Sicherheitsverantwortlichen der vier Austragungsorte verschickt wurde. Die Host Cities wurden aufgefordert, das Gesuch verzugslos zu erstellen und dem Bundesrat zuzustellen, da dieser über das Geschäft in einer der nächsten Bundesratssitzungen nach den Sommerferien entscheiden wolle.

Die Planung der Sicherheitsmassnahmen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Projektleitung Host City Bern und der Kantonspolizei Bern. Zusätzlich werden Partnerorganisationen wie Sanitätspolizei Bern, Berufsfeuerwehr Bern, BERNMOBIL und Fernverkehr in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Bern, 10. Januar 2007

Der Gemeinderat